



21. Informationsblatt der KPF Brandenburg

Dezember 2015

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde,

am 14. November 2015 fand in Potsdam die Landeswahlkonferenz der KPF Brandenburg statt, an der 29 Genossinnen und Genossen teilnahmen, darunter als Gäste der Landesvorsitzende der Partei DIE LINKE Brandenburg Genosse Christian Görke und der KPF-Bundessprecher Genosse Thomas Hecker. An der Aussprache zu dem vom Genossen Bodo Hinkel gehaltenen Bericht des Landeskoordinierungsrates beteiligten sich 12 Genossinnen und Genossen. Schwerpunkte waren die aktuellen Debatten zur Flüchtlingsthematik und zur Friedensfrage sowie die Umsetzung des Parteiprogramms und die Spezifik linker Politik im Land Brandenburg.

U.a. beschloss die Landeskongress, den in diesem Jahr den aktuellen Bedingungen und der Entwicklung des Netzwerkes angepassten Rahmenvertrag des SFEL-R mit zu unterzeichnen. Gewählt wurden der Landeskoordinierungsrat, die Delegierten zur KPF-Bundeskongress und zum Landesparteitag.

Für alle Genossinnen und Genossen, die an der Konferenz nicht teilnehmen konnten, veröffentlichen wir hier in Auszügen den Bericht des Landeskoordinierungsrates an die Landeskongress.

Mit solidarischen Grüßen

Bodo Hinkel

Sprecher

Auszug aus dem Bericht des Landeskoordinierungsrates zur Landeswahlkonferenz am 14.11.2015

Dieser Bericht umfasst den Zeitraum von März 2014 bis November 2015.

Liebe Genossinnen und Genossen,
in den zurückliegenden Monaten brachte jeder Tag beunruhigende Nachrichten, die vor allem zwei Problemkomplexe betreffen: Zum einen anhaltende militärische Konflikte in Europa, welche die Gefahr eines großen Krieges in sich bergen. Zum anderen ein politischer Rechtsruck in zahlreichen europäischen Ländern, ein Anschwellen von Chauvinismus, Rechtspopulismus und Neofaschismus. Stärker als seit Jahrzehnten weckt dies die Erinnerung an die 30er Jahre des vorigen Jahrhunderts, als die imperialistische Bourgeoisie Deutschlands ihre faschistische Diktatur errichtet hatte und offenkundig Kurs auf die militärische Revanche für ihre Niederlage im Ersten Weltkrieg nahm.

Die neue vom Linksbündnis Syriza geführte griechische Regierung und ihre Unterstützung durch das griechische Volk in zwei Wahlen und einem Referendum mit dem Ziel einer Abkehr von der neoliberalen Austeritätspolitik war eine große Chance für Griechenland und ganz Europa. Die Troika hat unter besonderer Mitwirkung von Merkel und Schäuble diese Bemühungen unterdrückt, hat Griechenland erpresst und zu einer Kürzungs- und Privatisierungswelle gezwungen, die dem griechischen Volk teuer zu stehen kommt. Hinzu kommt das nicht einheitliche Wirken und Auftreten der Linken in Griechenland und in Europa, verursacht durch Wunschdenken, Illusionen, Zersplitterung und Fehlen einer strategischen Orientierung. Wieder einmal müssen wir klar erkennen, über Parlamente und Wahlen allein sind Machtverhältnisse nicht zu ändern.

Unter Bruch des Völkerrechts hatte die NATO 1999 Jugoslawien bombardiert. Auch im Irak, in Libyen, der Ukraine und Syrien setzte man auf den - mehr oder minder gewaltsamen - Sturz unliebsamer Regierungen. Die Konsequenzen waren fatal. In Libyen terrorisieren heute islamistische Milizen die Bevölkerung, Teile der Mittelmeerküste werden vom so genannten Islamischen Staat beherrscht, in dessen Lagern Oppositionelle zu Tode gefoltert werden. In Teilen von Syrien und dem Irak hat der IS ein grausames Terrorregime errichtet, das vor der

Ausrottung und Versklavung ganzer Bevölkerungsgruppen nicht zurückschreckt. In der Ukraine hat sich mit dem Rechten Sektor parallel zu den staatlichen Sicherheitsstrukturen eine faschistische Freikorpstruppe etabliert, die die Menschen drangsaliert und einschüchtert. Die Kriege und die Politik der USA und ihrer Verbündeten haben ganze Regionen destabilisiert und Terrorismus sowie gewaltige Fluchtbewegungen provoziert.

60 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht, mehr als je zuvor seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Viele von ihnen hatten ihre Heimat einst in Ländern wie dem Irak, in Afghanistan, in Libyen, in Syrien. Sie fliehen nicht vor Naturkatastrophen, sie fliehen vor den Taliban und dem IS, sie fliehen auch vor Assad, vor allem aber fliehen sie vor den Folgen westlicher Politik.

Denn es waren die als humanitär maskierten Interventions- und Ölkriege der Vereinigten Staaten und ihrer europäischen Verbündeten, die im Irak und in Afghanistan verbrannte Erde hinterlassen und die Mördermilizen des IS stark gemacht, die die staatliche Ordnung in Libyen zerstört und den Bürgerkrieg in Syrien angeheizt haben. Und es sind nicht zuletzt deutsche Waffen, die in all diesen Ländern Tod und Schrecken verbreiten.

Wer von Flüchtlingen redet, darf über Kriege, Drohnterror und Waffengeschäfte nicht schweigen. Und deshalb lösen wir das Flüchtlingsproblem nicht durch weitere Asylrechtseinschränkungen, auch nicht durch Gefeielsche um europäische Quoten, und schon gar nicht durch neue Mauern, sondern nur, wenn Europa endlich aufhört, die USA dabei zu unterstützen, immer größere Teile des Nahen und mittleren Ostens und Nordafrikas in einen Brandherd zu verwandeln.

Nur eine kleine Minderheit der Flüchtlinge schafft es bis Europa. Millionen leben unter unwürdigen Bedingungen in den Lagern der Nachbarstaaten.

Vor kurzem musste die Welternährungsorganisation dort die Nahrungsmittelrationen halbieren, weil der erbärmliche Betrag von 27 Dollar pro Person und Monat nicht mehr finanzierbar war. Flüchtlinge hungern und ihre Kinder erhalten keine Bildung, weil die reichen Länder zwar Milliarden für Kriege, aber nur lächerliche Summen für humanitäre Hilfe

übrig haben. Das zeigt auch, wie es um die Werte der gelobten westlichen Wertegemeinschaft tatsächlich bestellt ist.

Ja, viele derer, die auf der Flucht sind, fliehen auch vor wirtschaftlichem Elend und blanker Not. Aber auch dafür sind die Industriestaaten mitverantwortlich, unter anderem auch, indem ärmeren Ländern Freihandelsabkommen diktiert werden, die ihre Industrie und Landwirtschaft vernichten, ihre Bevölkerung arm und ihre Märkte zur Beute internationaler Konzerne machen. Da sollte sich niemand wundern, dass immer mehr Menschen ihre letzte Hoffnung darin sehen, sich auf den gefährlichen Weg nach Europa aufzumachen.

Diese Zeit imperialistischer Serienkriege, zunehmender Widersprüche in der Gesellschaft der einzelnen Länder und in internationalem Rahmen zwischen den Staaten, zunehmend auch zwischen den imperialistischen Mächten, in einer Zeit der von den imperialistischen Mächten geschürten Destabilisierung der einzelnen Staaten und der internationalen Lage und der Bedrohung von Frieden und Sicherheit der Völker, in einer Zeit, in der die imperialistischen Großmächte den Krieg als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele praktizieren, stehen vor der Partei DIE LINKE und vor uns Kommunistinnen und Kommunisten große Aufgaben.

Ohne einen Rückblick auf die Vergangenheit und auf die politische, gesellschaftliche Situation von heute, ist Politik, linke Politik im Besonderen, nicht richtig einzuordnen. Das ist so im Großen, wie im Kleinen.

Der Berichtszeitraum war u.a. geprägt von den Wahlen zum Parlament der Europäischen Union im Mai 2014. Auf dem im gleichen Monat stattfindenden Berliner Parteitag unserer Partei standen die Neuwahl des Parteivorstandes und eine insbesondere von den Delegierten der AKL und der KPF erzwungene Debatte zur Situation in der Ukraine im Mittelpunkt. Der Bielefelder Parteitag im Juni 2015 verabschiedete die Leitlinien für die Politik der Partei bereits mit dem Blick auf das Jahr 2017, diskutierte Aspekte eines bedingungslosen Grundeinkommens und verabschiedete aktuelle kommunalpolitische Leitlinien. Der Parteitag nahm die Rede von Gregor Gysi entgegen, in der er seine

Entscheidung kundtat, bei der Neuwahl des Fraktionsvorstandes nicht mehr für dessen Vorsitz kandidieren zu wollen und in der er mit Blick auf die Bundestagswahl 2017 für eine Regierungsbeteiligung der Partei plädierte. Inzwischen hat die Fraktion DIE LINKE im Bundestag seit Oktober mit Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch eine neue Doppelspitze und am 03.11.2015 wählte die Fraktion in den turnusgemäßen Wahlen den neuen Vorstand. Neben den Gewählten Vorstandsmitgliedern gehören auch die beiden Vorsitzenden der Partei DIE LINKE und die Vizepräsidentin des Bundestages dem Fraktionsvorstand an. Wir verbinden mit dieser Personalentscheidung die Hoffnung und Erwartung, dass Einheit und Geschlossenheit in der Partei und in der Fraktion gefestigt werden.

Im Berichtszeitraum fanden im April und Dezember 2014 sowie im Mai 2015 Bundeskonferenzen der KPF in Vorbereitung auf die Bundesparteitage bzw. zur Einschätzung derselben mit entsprechenden Schlussfolgerungen für die Arbeit der KPF statt.

Von besonderer Bedeutung für das politische Wirken der Brandenburger Kommunistinnen und Kommunisten war natürlich der Landesparteitag im Juli 2014, auf dem das Landtagswahlprogramm für die Landtagswahl im September verabschiedet wurde. Christian Görke bilanzierte zu Beginn des Parteitages die fünfjährige Regierungszeit. „Rot-Rot hat dem Land gut getan“, so hob er hervor. Noch einmal und unmissverständlich gab Christian Görke das Ziel der LINKEN für die Landtagswahl am 14. September 2014 vor: 25 Prozent plus X!

Der Wahltag im September 2014 brachte dann die Ernüchterung. Der Landeskoordinierungsrat der KPF Brandenburg setzte sich in seinem 16. Informationsblatt mit dem Wahlergebnis auseinander. Das Ergebnis der Landtagswahlen vom 14.09.2014, so unterstreichen wir in unserer Analyse, war nicht nur "eine herbe Niederlage", wie es Christian Görke formulierte. Es war eine nachdrückliche, existenzielle Warnung für die Partei DIE LINKE in Brandenburg, aber auch für die Bundespartei.

Es war ein Absturz auf breiter Front, eine Katastrophe und auch eine herbe Enttäuschung für die KPF als Bestandteil der Partei. Wenn auch

nicht unerwartet, es gelang nicht, den Abwärtstrend in der Gunst der Wähler, der sich nicht erst seit den Euro- und Kommunalwahlen abzeichnete, zu stoppen, im Gegenteil.

Die Wahlauswertung aus den Kreisen und Zusammenschlüssen kann in wenigen Stichpunkten zusammengefasst werden:

DIE LINKE. Brandenburg hat es nicht vermocht, die tatsächlich erzielten Erfolge linker Regierungstätigkeit den Wählern und ihren Mitgliedern zu vermitteln. Kaum wahrzunehmende außerparlamentarische Aktivitäten, mit Ausnahme von offiziellen Gedenk- und Festterminen, antifaschistischen Aktionen und einiger Initiativen einzelner Mitglieder; fehlende wahrnehmbare Unterstützung von Bürgerinitiativen, Ämter-, Funktionen- und Mandatshäufung wurden in der Parteibasis kritisch registriert. Die systemkritische LINKE wird in Regierungsverantwortung zur systemtragenden Partei. Für unser Hauptklientel, Arbeitslose, sozial Benachteiligte, prekär Beschäftigte, Rentner, Jugend und Familien konnten keine spürbaren Verbesserungen erreicht werden.

In der Zwischenzeit wurde in Brandenburg ein Koalitionsvertrag ausgehandelt, von denselben Personen, die das katastrophale Wahlergebnis mit zu verantworten haben. Eine dringend notwendige inhaltliche Diskussion zum Inhalt dieses Vertrages wurde von der »Unrechtsstaat«-Diskussion mit Ursprung in Thüringen nicht nur überschattet, sondern auch teils verhindert.

Der ausgehandelte Koalitionsvertrag stellt u.a. ein Loblied auf den Verfassungsschutz dar, beinhaltet die Gleichsetzung von Nazi-Verbrechen mit dem in der DDR begangenen Unrecht und fußt nicht zuletzt auf einer Präambel, die zwar nicht »Unrechtsstaat« sagt, jedoch genau diesen Begriff mit anderen Worten in Bezug auf die DDR umschreibt.

Und dennoch, die Genossinnen und Genossen der KPF Brandenburg werden auch in dieser Legislatur die Arbeit des Landesvorstandes, unserer Ministerin und Minister sowie der Fraktion im Landtag nicht nur konstruktiv begleiten, sondern sich, ausgehend von unseren

Erfahrungen aus der Arbeit an der Parteibasis, kritisch einbringen und auf Veränderung drängen.

Inzwischen können wir feststellen, dass mit dem Landesparteitag am 7./8. November 2015 mehr als nur angedacht wurde, sich aus der Umklammerung der SPD zu lösen. Christian Görke stellte sinngemäß fest, dass es falsch war und ist, bei der Erörterung und Festlegung von Zielen immer zunächst die Frage aufzuwerfen, "ob die SPD da mitmacht".

"Wir müssen für unsere Projekte kämpfen und nicht für die SPD" so hob der Landesvorsitzende richtig hervor. Er machte dies an Beispielen wie das Ringen um die Gemeinschaftsschule oder die Ablehnung des Zerschneidens bestehender Landkreise bei der beabsichtigten Kreisgebietsreform deutlich und brachte damit zum Ausdruck, was viele Genossinnen und Genossen denken und fordern. Wir halten dieses Herangehen nicht nur für eine fachliche Frage, sondern für eine grundsätzliche strategische Frage und betonen erneut: DIE LINKE ist entsprechend ihrem Programm eine eigenständige sozialistische Partei, die SPD eine sozialdemokratische und letztlich sind und bleiben beide Parteien hinsichtlich ihrer Programmatik und Zielstellung konkurrierende politische Parteien. Die KPF Brandenburg unterstützt diese neue Herangehen und wünscht dem Landesvorstand und der Landtagsfraktion Kraft und Durchstehvermögen beim Durchhalten und Ausbau dieser Linie.

Ich verweise hier in diesem Zusammenhang noch einmal auf die unbedingte Notwendigkeit der Einhaltung unseres durch Mitgliederentscheid bestätigten Erfurter Parteiprogramms, weil wir den Eindruck haben, dass es Kräfte in der Partei gibt, die Aussagen im Programm, so zu roten Haltelinien oder zu unseren friedenspolitischen Grundsätzen, vergessen bzw. unterlaufen möchten. Aber das Programm unserer Partei ist und bleibt Grundlage für die Arbeit aller Leitungsgremien - angefangen beim BV, über LV bis hin zu den Zusammenschlüssen.

Und wir als Zusammenschluss KPF gehören auch dazu. Wir stehen voll hinter dem Parteiprogramm, vor allem hinter den friedenspolitischen Grundsätzen.

Zu diesen Grundsätzen gehört gemäß dem Erfurter Programm auch, dass die Partei um die Sicherung des Friedens durch Ablehnung jeglicher Bundeswehreinsätze im Ausland und Verbot des Exports von Waffen und Rüstungsgütern kämpft.

Diese unverrückbare Position ist und bleibt das Alleinstellungsmerkmal unserer Partei.

Dabei bleibt entscheidend, dass sich die im Programm enthaltenen und in der weiteren Parteiarbeit erforderlichen Kompromisse im Rahmen der grundsätzlichen antikapitalistischen und sozialistischen Grundlinie der Partei bewegen.

DIE LINKE hat, auch in Brandenburg, nur dann eine Chance, zu einer stärkeren gesellschaftspolitischen Kraft zu werden, wenn niemand in ihr den im Programm festgeschriebenen Konsens aufkündigt.

Unter diesen Prämissen meinen wir, dass es dringend notwendig ist, die Kapazitäten der linken Kräfte zu bündeln. Seit die Kommunistische Plattform in der Partei DIE LINKE existiert, ringt sie um die Zusammenarbeit mit anderen linken, antikapitalistischen Kräften.

Aus gemeinsamen Versammlungen und Veranstaltungen haben sich erste Strukturen und Bündnisse gebildet. Für eine solche Bündnisarbeit stehen die jährliche Vorbereitung und Durchführung der Demonstration im Rahmen der Luxemburg-Liebke-Ehrung, die zahlreichen öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen, Demonstrationen und Foren zur Bildung unter aktiver Mitwirkung und Federführung der KPF-Angehörigen in Potsdam, Oranienburg, Eberswalde, Falkensee, Cottbus und Eisenhüttenstadt im engen Zusammenwirken mit DKP, KPD, RotFuchs, GBM und GRH, fortschrittlichen religiösen Vertretern, internationalen linken Parteien und Organisationen und verschiedenen Freundschaftsgesellschaften, um nur einige zu nennen.

Wir stützen uns in unserem Zusammengehen mit anderen antikapitalistisch orientierten Kräften und Aktionen nach wie vor auch auf den gemeinsamen Beschluss „Grundpositionen für die Zusammenarbeit der Kommunisten“, den Mitglieder der DKP, der KPD und der Kommunistischen Plattform der PDS des Landes Brandenburg im April 2004 verabschiedeten. Wir haben auch weiterhin vor

- gemeinsame Bildungsveranstaltungen zu organisieren;
- gemeinsame Veranstaltungen zum 1. Mai und 8. Mai sowie Friedens- und Sommerfeste zu gestalten;
- gemeinsame kommunale Aktivitäten sowie Landesaktionen zu entwickeln;
- unsere Standpunkte und Aktivitäten in den regionalen Zeitungen sowie Mitteilungsblättern der linken Gruppierungen zu veröffentlichen.

In zahlreichen linken Basisgruppen ist dieses Zusammengehen bereits gängige Praxis. Sorgen wir dafür, dass auch auf Landes- und Bundesebene der Gedanke der antikapitalistischen Aktionseinheit stärker als bisher das Denken und Handeln linker Kräfte bestimmt.

Seit mehreren Legislaturperioden sieht der Landeskoordinierungsrat der KPF Brandenburg zwei Hauptbetätigungsfelder für seine politische Arbeit.

Als erstes das aktive Mitwirken innerhalb der Partei. Die Menschen gewinnen kann nur eine starke, selbstbewusste, in sich gefestigte Partei mit einer klaren Zielstellung und einem überzeugenden Auftreten in den Fragen, die die Menschen täglich bewegen. Dabei haben wir in den zurückliegenden Monaten den Schwerpunkt vor allem darauf gelegt, uns stärker in die inhaltlichen Debatten und Positionierungen unserer Partei einzubringen.

Zum Zweiten eine effektive Öffentlichkeitsarbeit, die von vielen Menschen inner- und außerhalb der Partei wahrgenommen werden sollte, mit der wir möglichst viele Bürger erreichen wollten.

Auch in dieser Berichtsperiode konnte die Brandenburger KPF ihre politischen und ideologischen Aktivitäten weiter entwickeln. So wurden unsere Landeskongresse in diesem und dem vorigen Jahr durch deutlich ideologisch-theoretische Themen geprägt. Dazu gehört auch eine gründliche und theoretische Auswertung des Bundesparteitages in Bielefeld, wobei uns Genossin Ellen Brombacher durch einen eigenen Vortrag unterstützte.

In verschiedenen Städten Brandenburgs haben unsere Genossen - oft gemeinsam mit RotFüchsen und DKP-Gruppen - Veranstaltungen zu den verschiedensten aktuellen Themen organisiert und erfolgreich gestaltet. Das gilt z.B. für Potsdam, Bernau, Schönwalde, Falkensee, Eberswalde, Ziegenhals, Eisenhüttenstadt und Oranienburg.

Aber auch über Brandenburg hinaus werden unsere Genossen eingeladen zu Vorträgen, so in Berlin und Hamburg, in Nürnberg und Schweinfurt.

Offensichtlich werden unsere politisch-ideologischen Aktivitäten gern angenommen. Das gilt auch für die schriftliche Verbreitung unserer politischen Positionen. Die vom LKR herausgegebenen Informationsblätter Nr. 16 bis 20 befassen sich mit der Auswertung der letzten Landtagswahlen, mit der Debatte um das Staatswesen der DDR, mit der sog. "Transformation" des Kapitalismus und mit der aktuellen Flüchtlingsproblematik und fanden wie schon in der Vergangenheit großes Interesse.

Auch in Zeitschriften wie dem RotFuchs, den Mitteilungen der KPF, in örtlichen Publikationen der Partei DIE LINKE sowie in Sammelbänden wie den von unserem Genossen Horst Jäckel herausgegebenen 3 Büchern zur Geschichte der DDR oder in der vom OKV veröffentlichten Transformationskritik ist die Brandenburger KPF gut vertreten.

Eine klare Strategie ist für die künftigen Auseinandersetzungen mit unseren politischen Gegnern erforderlich. Dazu bedarf es der Diskussion und Abklärung der in der Partei vorhandenen unterschiedlichen Auffassungen zu wichtigen Grundfragen.

Die inhaltlichen Diskussionen, die von unseren politischen Gegnern als Flügelkämpfe und Zerrissenheit diskriminiert werden, sind zur Schärfung des Profils unserer Partei unverzichtbar.

Der Landeskoordinierungsrat der Kommunistischen Plattform des Landes Brandenburg wird daher auch künftig zu diesem Klärungsprozess beitragen und immer wieder die Meinungsbildung, Diskussion und Meinungsäußerung in der Parteibasis anregen.

Schließlich besteht die Existenzberechtigung der KPF in der Partei darin, auf der Grundlage des Gründungskonsens der KPF das marxistische

Gedankengut wach zu halten und zu vertiefen und so auf marxistischer Basis einen Beitrag zur Realisierung des Parteiprogramms zu leisten.

Die an vielen Stellen des Programms formulierte Zielstellung der Partei lautet eindeutig: Überwindung von Ausbeutung, Entrechtung und Entmündigung, also Überwindung des Kapitalismus und der Klassengesellschaft und Errichtung einer neuen demokratisch-sozialistischen Ordnung. Diese Zielstellung wird begleitet von einer klaren marxistischen Kennzeichnung des Wesens der monopol-kapitalistischen Herrschaft mit ihren finanzkapitalistischen Ausprägungen und machtpolitischen Herrschaftsmethoden.

Noch einmal: Das friedenspolitische Ziel als Alleinstellungsmerkmal unserer Partei besteht in der Forderung nach kategorischer Ablehnung jeglicher Kriegsbeteiligung, Rückzug der Bundeswehr aus allen Auslandseinsätzen, Verbot von Rüstungsexporten und keinerlei Einsatz der Bundeswehr im Innern (mit Ausnahme bei der Bekämpfung von Naturkatastrophen).

Es ist sinnvoll, sich dieses Wesen unserer Programmatik immer wieder zu vergegenwärtigen, weil sich daraus auch die im Programm enthaltene strategische Orientierung ableitet. Sie besteht darin, alle kapitalismuskritischen und antikapitalistischen Kräfte zu einer linken Aktionseinheit zusammenzuführen. Vor diesem Hintergrund sollen Bevölkerungsmehrheiten erreicht werden, um dem Finanzkapital soziale und politische Zugeständnisse zur Verbesserung der allgemeinen Lebensverhältnisse abzutrotzen und die Macht des Industrie- und Finanzkapitals zurückzudrängen. Bei den dabei auftretenden Auseinandersetzungen ist parlamentarischer Kampf mit außerparlamentarischen Aktionen zu verbinden und Widerstand zu entwickeln, vom zivilem Ungehorsam bis zum Generalstreik. Dabei ist unser Wirken in antifaschistischen Zusammenhängen, in antirassistischen Organisationen, im außerparlamentarischen Bereich überhaupt unverzichtbar.

So enorm wichtig unsere Vertretung in Parlamenten auf allen Ebenen ist, so unverzichtbar ist der außerparlamentarische Druck auf die Legislative und Exekutive in diesem Land. Wir werden auch in Zukunft alles dafür

tun, dass DIE LINKE ein wesentlicher Bestandteil der außerparlamentarischen Bewegung ist und bleibt.

Insbesondere mit unserer aktiven Einflussnahme auf die Tätigkeit unseres Landesvorstandes und unserer Landtagsfraktion leistet die KPF einen entscheidenden Beitrag zur Aufklärung der Parteibasis und unserer Wähler. In einer Zeit der permanenten Geschichtsverfälschung und der klassenorientierten Ausrichtung des Bildungs- und Informationswesens erlangt die Aufklärung der Bürgerinnen und Bürger über die gesellschaftlichen Verhältnisse und über ihren Platz in dieser Gesellschaft durch DIE LINKE neue Dimensionen. Unter diesem Gesichtspunkt ist unter anderem auch die gesamte Öffentlichkeitsarbeit der KPF Brandenburg zu sehen.

Einen wesentlichen Bestandteil dieser Öffentlichkeitsarbeit bildet die Mitarbeit unserer Genossinnen und Genossen in gesellschaftlichen Organisationen. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang das langjährige Wirken des Genossen Klaus Blessing als Vizepräsident des Kuratoriums Ostdeutscher Verbände (OKV), die aktive Arbeit unseres Mitglieds des Landeskoordinierungsrates Genosse Gerd Knitter als stellv. Vorsitzender im Deutsch-Chinesischen Freundschaftsverein e.V., das Wirken der Genossin Heidi Zeidler sowie der Genossen Claus Andrae, Konrad Hennemann und Andreas Krüger in der VVN-BdA, das Engagement der Genossen Michael Bolz und Peter Engert in der ökologischen Plattform unserer Partei und nicht vergessen dürfen wir die Genossinnen und Genossen, die in gewählten Funktionen auf kommunalpolitischem Gebiet tätig sind. Hier möchte ich die unermüdliche Tätigkeit der KPF-Angehörigen für die Partei DIE LINKE in Stadtverbänden, Kreistagen, Ausschüssen unterschiedlichster Ebenen und anderen Wahlfunktionen erwähnen.

Für sehr wichtig halten wir auch die Teilnahme unserer Genossen an Aktionen gegen Neonazis und Rassisten. Hervorheben möchte ich stellvertretend für viele von uns Genossen Reinhard Loeff mit seiner unermüdlichen Einsatzbereitschaft und Aktivität. In den ablaufenden bzw. zurückliegenden Legislaturperioden war und ist den Angehörigen der KPF, egal ob Mitglied einer linken Partei oder nicht, der Antifaschismus und Antimilitarismus eine Herzensangelegenheit.

Geprägt von den teils harten Erfahrungen unserer älteren Mitstreiter aus Nazi-Zeit, Krieg, Nachkrieg und mühevолlem Wiederaufbau haben wir nicht nachgelassen, auf die Notwendigkeit klarer antifaschistischer und antimilitaristischer Positionen hinzuweisen. Die Mitglieder und Sympathisanten der KPF haben in der zurückliegenden Zeit vor allem durch konsequente Überzeugungsarbeit und faktenreich angelegte Argumentationen unter jungen Menschen in persönlichen Gesprächen dazu beigetragen, linke, antikapitalistische, antifaschistische und antimilitaristische Standpunkte zu verbreiten. Zur öffentlichen Verbreitung derartiger klarer Standpunkte trugen auch die Informationsblätter Nr. 18 und 20 des KPF-Landeskoordinierungsrates bei.

Zu unserer Öffentlichkeitsarbeit gehört auch die Pflege internationaler Kontakte. Die Solidarität und der Internationalismus unter den Linken in Deutschland, Europa und der Welt sind fester Bestandteil unserer Tätigkeit. Für uns als Kommunisten in der LINKEN stehen deshalb der Kontakt und die Suche nach Gemeinsamkeiten mit befreundeten linken Parteien im Fokus unserer politischen Arbeit.

Die Gründung der Europäischen Linkspartei mit derzeit 26 Vollmitgliedern und 10 Mitgliedsparteien im Status des Beobachters war ein notwendiger Schritt, um in der Europäischen Union auf außerparlamentarischem und parlamentarischem Gebiet wirksam zu werden. In der Zwischenzeit, seit der Gründung im Jahre 2004, gibt es eine Vielzahl von Netzwerken in dieser Partei.

Die KPF Brandenburg ist seit Gründung der Europäischen Linken und der Gründung eines der ersten regionalen Netzwerke, dem „Ständigen Forum der Europäischen Linken - der Regionen“ (SFEL-R) eng verbunden. Unser Genosse Hans-Peter Schömmel ist zur Zeit Ehrenmitglied des Koordinierungsrates dieses Netzwerkes, dem auch unser Landesverband Brandenburg der LINKEN angehört.

Wichtigste Aufgabe dieses Forums ist es, die Basis unserer Parteien in die grenzübergreifende politische Arbeit mit einzubeziehen.

Nicht zuletzt hat die letzte Tagung unseres Landesparteitages den Beschluss gefasst, diese internationale politische Arbeit durch alle Strukturen und Gliederungen unserer Partei zu unterstützen.

In diesem Jahr wurde der Rahmenvertrag des SFEL-R den aktuellen Bedingungen und der Entwicklung des Netzwerkes angepasst und im Landesvorstand unterzeichnet.

Gemeinsam mit tschechischen und slowakischen Kommunisten sollten auch wir als kommunistische Plattform der LINKEN. Brandenburg dieses Dokument unterzeichnen. So wie es Kreisverbände, LAGs aus der Slowakei, Tschechien, Sachsen und Brandenburg auch tun. Den Rahmenvertrag haben wir im 18. Informationsblatt des Landeskoordinierungsrates der Kommunistischen Plattform Brandenburg im Februar 2015 veröffentlicht.

Wenn wir über die Öffentlichkeitsarbeit der KPF reden, darf die Arbeit mit den Mitteilungen nicht unerwähnt bleiben.

Unsere Mitteilungen sind für Wirksamkeit und Ausstrahlung der KPF innerhalb der Partei und darüber hinaus unverzichtbar. Viele Genossinnen und Genossen nehmen die KPF vor allem über die Mitteilungen wahr.

Deshalb haben wir in den zurückliegenden Monaten erfolgreich darum gerungen, das Spendenaufkommen für die Mitteilungen zu erhöhen. Eines steht fest: Wenn wir wollen, dass die Mitteilungen erhalten bleiben, muss der Kampf um die Erhöhung der Spenden in allen Landesverbänden der KPF verstärkt werden.

Nach wie vor gibt es im Land Brandenburg zahlreiche Postbezieher und Leser der Mitteilungen, von denen seit Jahren keine Spendeneingänge zu verzeichnen sind. Der LKR bittet Euch um Unterstützung bei der Suche nach Wegen und Möglichkeiten, diese Genossinnen und Genossen zu ermutigen, das Gelesene durch eine Spende auch Wert zu schätzen und sich an der Erhöhung des Spendenaufkommens für die Mitteilungen zu beteiligen.

Liebe Genossinnen und Genossen,
mit der heutigen Landesversammlung endet die Wahlperiode des Landeskoordinierungsrates, der im März 2014 gewählt worden ist. Ich schließe diesen Bericht mit einem herzlichen Dank an alle Angehörigen der KPF Brandenburg und vor allem auch an die Mitglieder des Landeskoordinierungsrates für ihre unermüdliche, aufopferungsvolle,

engagierte und, das kann man nicht deutlich genug hervorheben, ehrenamtliche Arbeit. Dank an alle, die trotz zeitweiliger Unzufriedenheit mit dieser unserer Partei und manchmal auch Verzweiflung über innerparteiliche Probleme nicht aufgegeben haben, der Partei und der KPF nicht den Rücken gekehrt haben.

Lasst mich Euch in diesem Sinne zum Schluss ein Zitat unseres Genossen Herbert Meißner mit auf den Weg geben. In seiner Rede am 19. April 2015 in Ziegenhals zu Ehren des Geburtstages von Ernst Thälmann sagte Genosse Meißner: Zitat: "Niemand kann garantieren, dass sich die vielfältigen Konflikte nicht zu einem weltweiten Desaster ausbreiten. Aber bei all unseren Problemen dürfen und brauchen wir unseren historischen Optimismus nicht preiszugeben." Zitat Ende.

Genosse Meißner hebt hervor, dass Kuba und die lateinamerikanischen Volksbewegungen, die Gegenwehr Russlands gegen die aggressive NATO-Politik und das Bemühen der Volksrepublik China, ihren sozialistischen Aufbau unter neuen Bedingungen fortzusetzen und diesen Prozess friedenspolitisch abzusichern, sich gegen die imperialistischen Weltherrschaftspläne wenden.

Weiter Zitat: "Wenn es gelingt, die lokale Großmacht Indien auf der Basis der Tradition von Mahatma Gandhi in die friedenssichernden Aktivitäten einzubinden, so bildet sich hier eine Friedensmacht heraus, die zusammen mit den fortschrittlichen Kräften Südamerikas imstande ist, den imperialistischen Weltherrschaftsplänen und ihrer militärischen Durchsetzung Paroli zu bieten. Hier liegen trotz aller Gefahren jene Chancen, unserer Welt eine friedliche und fortschrittliche Gestalt zu sichern. In den dabei erforderlichen politischen Auseinandersetzungen unseren Beitrag zu leisten, ist unser aller Pflicht."